



BUNDESTAGSWAHL 2017

AUGUST 2017

AM 24. SEPTEMBER WÄHLEN GEHEN!

DU HAST DIE WAHL:

Ein gutes Gesundheitswesen für alle

Das Gesundheitswesen ist für die Menschen da. Kranke, pflege- und hilfebedürftigen Menschen müssen unabhängig von ihrem Einkommen und sozialem Status gut und sicher behandelt, versorgt und gepflegt werden. Doch immer mehr wird die Gesundheitsversorgung zum großen Geschäft. Das muss aufhören. Und dafür ist es nicht egal, wer in der Regierung sitzt.

Der ehemalige Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) hat mit der Einführung des Pflege-Bahr offensichtlich Klientelpolitik betrieben. Statt die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung auszubauen, die das Pflegerisiko abdeckt, hat er Zuschüsse für eine zusätzliche private Versicherung eingeführt. Ein gutes Geschäft für die Versicherungskonzerne. Und sicher kein Zufall, dass Bahr heute im Vorstand der Allianz Private Krankenversicherung sitzt.

Ob bei niedergelassenen Ärzten, im Krankenhaus oder in der Altenpflege: Die Versorgung muss aus Sicht der Patienten und pflegebedürftigen Menschen organisiert werden. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen haben gute Arbeitsbedingungen verdient. Stattdessen: Steigende Zuzahlungen für Medikamente, lange Wartezeiten für einen Termin beim Facharzt und gestresste Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Der Markt richtet es eben nicht. Die Politik muss umsteuern.

Wir wollen eine gerechte und solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung. Die Gesetzliche Krankenversicherung muss umgehend wieder paritätisch finanziert werden, zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Unser gewerkschaftliches Ziel ist die solidarische Bürgerversicherung. Sie sorgt dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren unterschiedlichen Einkommen einbezogen und Menschen mit höheren Einkommen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Starke Schultern dürfen mehr tragen!



Foto: Arnim Thomaß

Jede und jeder kann Geschichten erzählen, welche schlimmen Folgen der Personalmangel in den Krankenhäusern und der Altenpflege hat. Weniger Personal bedeutet mehr Profit für die privaten Krankenhaus- und Pflegekonzerne. Die Auswirkungen sind folgeschwer. Damit es mehr Zeit für gute Pflege und Versorgung gibt, muss der Gesetzgeber verbindliche Vorgaben für die Personalausstattung machen.

Gemeinsam für eine gute Gesundheitsversorgung für alle.

Sylvia Bühler

Am 24. September wählen gehen – für eine gute Gesundheitsversorgung



Foto: Marie-Luise Marchand

»Politikerinnen und Politiker entscheiden, wie unser Gesundheitswesen aussieht. Ich will, dass es wieder menschlich zugeht. Patienten und Pflegbedürftige sind schließlich keine kaputten Maschinen. Als Gewerkschafterin mache ich mich stark für soziale Gerechtigkeit und ein zukunftssicheres Gesundheitswesen. Damit es dafür gute Gesetze gibt, gehe ich am 24. September wählen.«

Sylvia Bühler ist Mitglied im ver.di-Bundesvorstand und leitet den Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen.

Zurück zur paritätischen Finanzierung



Foto: privat

Bernd Gräf ist Betriebsrat an der Universitätsmedizin Mannheim.

»Es ist ein Unding, dass die Beschäftigten Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein bezahlen sollen. Die Arbeitgeber ziehen

sich aus der Verantwortung. Ich werde meine Wahlentscheidung auch davon abhängig machen, wer die paritätische Finanzierung wieder herstellen will.«

Bis 2005 haben sich Arbeitgeber und Beschäftigte zu gleichen Teilen an der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung beteiligt. Diese Parität haben die Regierungen schrittweise aufgegeben. Der Arbeitgeberbeitrag wurde 2011 bei 7,3 Prozent eingefroren. Damit sind die Arbeitgeber fein raus. Denn die Versicherten tragen jede Kostensteigerung über den Zusatzbeitrag alleine. Inzwischen zahlen die Beschäftigten durchschnittlich 8,4 Prozent. Wegen notwendiger Innovationen und Strukturverbesserungen wird der Zusatzbeitrag weiter steigen. Der Ausstieg aus der paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung ist ein schwerwiegender Eingriff in das Solidarsystem und eine der zentralen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre. Das hat die Gesetzliche Krankenversicherung in eine Schieflage gebracht.

Der erste Schritt für ein zukunftsfestes Gesundheitswesen ist es, die Gesetzliche Krankversicherung wieder paritätisch zu finanzieren, also zu gleichen Teilen durch Arbeitgeber und Beschäftigte.

Die Alternativen: Bürger- und Pflegevollversicherung

Es ist ungerecht, dass Arbeitseinkommen und Renten der Beitragspflicht unterliegen, andere Einkünfte wie Kapitalerträge und Mieten aber nicht. Selbständige mit niedrigen Einkommen können ihre relativ hohen Krankenversicherungsbeiträge gerade im Alter oftmals nicht bezahlen. Beamtinnen und Beamte haben prinzipiell keinen Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Durch die Bürgerversicherung werden alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren unterschiedlichen Einkommen einbezogen, die Krankenversicherung wird auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt. In einem geregelten Nebeneinander von gesetzlicher und privater Versicherung soll eine verlässliche Versorgung auf hohem Niveau garantiert werden. Das geht nur, wenn alle Veränderungen so gestaltet werden, dass sie nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen, sondern zukunftsfeste Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

Ein bezahlbares Gesundheits- und Pflegesystem soll vor allem eines leisten: eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung. Neben der Einführung einer Bürgerversicherung muss dafür die Pflegeversicherung weiter entwickelt werden. Als Teilkostenversicherung stößt sie schon lange an ihre Grenzen und die finanziellen Belastungen für viele pflegebedürftige Menschen sind zu hoch. Überfällig sind einheitliche Standards in der Versorgung und beim Personal. Die Beratung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen muss besser werden.



Foto: privat

Petra Bäuml-Schlackmann ist Personalrätin im Uniklinikum Essen.

»Die Bürgerversicherung ist überfällig. Das Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Versicherungssystemen führt in seiner jetzigen Form zum Beispiel dazu, dass die ärztliche Behandlung von Kassen- und Privatpatient/innen unterschiedlich vergütet werden. Deshalb müssen gesetzlich Versicherte oft lange auf einen Termin beim Facharzt warten. Damit sich das ändert, gehe ich zur Wahl.«

Eine solidarische Bürgerversicherung ist der Weg, eine gerechte und solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung für alle zu erreichen. Eine Pflegevollversicherung, die das Pflegerisiko voll absichert, ist das Modell für die Zukunft.

ver.di fordert zur Bundestagswahl:

- ➔ solidarische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Pflegeversicherung. Für ver.di ist die Pflegevollversicherung das Modell für die Zukunft.
- ➔ Rahmenbedingungen in Krankenhäusern sowie in der ambulanten und stationären Pflege, die qualitativ hochwertige Arbeit ermöglichen.
- ➔ attraktive und zeitgemäße Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen.
- ➔ höhere Qualität der Pflege in der stationären und ambulanten Versorgung pflegebedürftiger Menschen, unter anderem durch gesetzliche Personalstandards.

ver.di

Das sagen die Bundestagsparteien zu unseren Forderungen: www.bit.ly/ver-PARTEI

DIE LINKE.

SPD



Mehr Infos: www.gesundheitspolitik.verdi.de